

II-3285 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 6. März 1974 No. 1618/J

D R I N G L I C H E A N F R A G E

der Abgeordneten Dr.MOCK, Dr.KOREN
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Lohn- und Einkommensteuersenkung.

Seit Amtsantritt der sozialistischen Regierung ist der Verbraucherpreisindex um 28 % angestiegen. Im laufenden Jahr ist mit einer weiteren Teuerung von mindestens 8,5 % zu rechnen. Diese ständig zunehmende Geldwertverdünnung treibt die Lohn- und Einkommensempfänger in Progressionsstufen, die nicht mehr der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Steuerzahler entsprechen. Scheinbar höhere Löhne und Einkommen unterliegen einer steigenden Besteuerung und dem Staat werden auf Grund der inflationistischen Entwicklung ungerechtfertigte Mehreinnahmen zu Lasten der Steuerzahler gesichert.

Durch die Einkommensteuerreform 1973 ist die Progression vor allem infolge der Umwandlung der progressionsmildenden Freibeträge in progressionsverschärfende Absetzbezüge und der Tarifgestaltung wesentlich verschärft worden. Dies führt dazu, daß der Finanzminister im Jahr 1974 ohne Steuersenkung 7 bis 8 Mrd. Schilling an Lohnsteuer mehr einnehmen wird als im Vorjahr, wovon 3 bis 4 Mrd. S. lediglich inflationsbedingte Mehreinnahmen darstellen. Damit kassiert er sieben Mal so viel wie im Jahresdurchschnitt unter der ÖVP-Alleinregierung.

- 2 -

Obwohl eindeutig feststeht, daß die Lohnsteuer im Jahr 1974 um 35 bis 38 % steigen wird, ist im Bundesvoranschlag 1974 gegenüber dem Bundesvoranschlag 1973 nur eine Steigerungsrate von 26 % vorgesehen, gegenüber dem tatsächlichen Abgabenerfolg eine solche von lediglich 23 %.

Infolge dieser eindeutigen Unterpräliminierung ist für eine Lohn- und Einkommensteuersenkung im Jahr 1974 ein Spielraum von 2 bis 3 Mrd.S. vorhanden, ohne daß dadurch das veranschlagte Budgetdefizit verändert würde.

Die ÖVP hat daher bereits am 23.Oktober 1973 eine Lohn- und Einkommensteuersenkung per 1.1.1974 verlangt. Dieser Antrag wurde von der SPÖ abgelehnt. Auf Grund der jüngsten Entwicklung wird eine Milderung des unerträglich gewordenen Steuerdrucks immer dringender, deshalb hat die ÖVP heute abermals einen Antrag auf gezielte Lohnsteuersenkung eingebracht.

Es hat sich außerdem herausgestellt, daß die in die Lohn- und Einkommensteuerreform 1973 gesetzten Erwartungen keineswegs erfüllt wurden. Im Gegenteil sind für viele Steuerzahler durch die progressionsverschärfende Wirkung des Systems Nachteile entstanden.

Abgesehen von einer Senkung der Lohn- und Einkommensteuer Mitte 1974 muß die vom Finanzminister für 1975 angekündigte Lohn- und Einkommensteuersenkung den Steuerzahlern einen echten Vorteil bringen.

Aus all diesen Gründen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

- 3 -

A n f r a g e :

- 1) Welche voraussichtlichen Einnahmen erwarten Sie im Jahr 1974 aus der Lohnsteuer, nachdem die Budgetziffern sowohl auf Grund der Entwicklung als auch infolge Expertenberechnungen unhaltbar geworden sind?
- 2) Werden Sie dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zu leiten, die eine Lohn- und Einkommensteuersenkung per 1.7.1974 vorsieht?
- 3) Wie hoch wird der Gesamtbetrag der von Ihnen per 1.1.1975 angekündigten Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sein?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.